Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2162**

15. Wahlperiode 09. 12. 2003

Antrag

der Abgeordneten Michael Kretschmer, Katherina Reiche, Dr. Maria Böhmer, Thomas Rachel, Dr. Christoph Bergner, Helge Braun, Vera Dominke, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Susanne Jaffke, Volker Kauder, Helmut Lamp, Werner Lensing, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Bernward Müller (Gera), Uwe Schummer, Marion Seib und der Fraktion der CDU/CSU

Konzeption zur Struktur und zur Finanzierung eines Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur jetzt vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland verfügt über ein vielfältiges Angebot an wissenschaftlichen Einrichtungen mit osteuropäischem Bezug. Mit der Erweiterung der Europäischen Union gewinnen diese Einrichtungen erheblich an Bedeutung, weil sie in besonderer Weise die Integration der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer in die bestehende Gemeinschaft begleiten und befördern können. Für Deutschland eröffnet die Erweiterung die Chance, eine Brückenfunktion in der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit einzunehmen und das Zusammenwachsen Europas zu beflügeln.

Die Bundesregierung hat es bislang versäumt, der Osteuropaforschung in Deutschland die Bedeutung beizumessen, die ihr mit der EU-Osterweiterung zuwächst. In den Jahren 1998 bis 2002 hat sie die Mittel für die Osteuropaforschung kontinuierlich von 11 auf 7 Mio. Euro zurückgefahren. Eine Vernetzung der vielen Akteure, die in Deutschland um die Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa bemüht sind, ist ihr bis heute nicht gelungen. Die Bundesregierung ist weit hinter dem zurückgeblieben, was sie zur Vorbereitung Deutschlands sowie der Beitrittsländer im Hinblick auf die Osterweiterung hätte leisten müssen.

Bemühungen zur Stärkung des wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausches mit den osteuropäischen Staaten sind grundsätzlich zu begrüßen. Die Initiative zur Gründung eines „Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur“ erfolgte jedoch zu einem späten Zeitpunkt und das sowohl im Hinblick auf bereits verlorengegangenes wissenschaftliches Potenzial wie auch auf den fortgeschrittenen Zeitpunkt bis zum EU-Beitritt vieler osteuropäischer Staaten.

Das Handeln der Bundesregierung, das noch keinerlei Konzeption erkennen lässt, wirft zudem Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses Vorhabens auf. Am 14. März 2003 wurden die Staatskanzleien der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, die als Standort Interesse für ein Osteuropazentrum bekundet hatten, gebeten, sich mit Konzepten bei der Bundesregierung zu bewerben. Seither ist die Bundesregierung nicht in der Lage, Auskunft über aus ihrer Sicht bestehende Defizite in der Zusammenarbeit Deutschlands mit

den neuen Mitgliedstaaten zu geben. Demzufolge war auch keine Aussage über Konzeption, finanzielle Ausstattung oder Profil des zu gründenden Zentrums möglich. Im August 2003 teilte die Bundesregierung mit, eine endgültige Standortentscheidung werde im Herbst 2003 getroffen. Dies ist bis jetzt nicht erfolgt. Bislang sind auch keine finanziellen Ressourcen für das Vorhaben im Bundeshaushalt 2004 eingeplant.

Durch ihr Handeln missachtet die Bundesregierung die Leistung der heute in diesem Bereich tätigen Personen und Institutionen. Außerdem ist es angesichts der dramatischen Haushaltslage geboten, vor der Einrichtung neuer Institutionen zunächst zu untersuchen, ob gegebenenfalls bereits vorhandene Strukturen genutzt werden können. Besonders dramatisch ist jedoch, dass die Regierung auf diese Weise nicht zu einer dringend gebotenen Diskussion über die Frage kommt, welche Vorbereitungen auf die EU-Erweiterung aus deutscher Sicht noch zu treffen sind. Ohne Zweifel ist eine wissenschaftliche Begleitung des Intergrationsprozesses notwendig. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss auf den verschiedenen Politikfeldern intensiviert werden. Eine Verstärkung des Beratungsangebots, beispielsweise für deutsche Unternehmen, ist ebenfalls notwendig. Es hängt von der Aufgabenstellung sowie der personellen und finanziellen Ausstattung ab, ob ein neues „Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur“ den Erweiterungsprozess unterstützen kann oder ob es nur ein Alibi für scheinbares Handeln der Regierung bei diesem Thema darstellt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– darzustellen, welche Defizite sie bezüglich der Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas, gerade im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Union, festgestellt hat, und wie diese Defizite durch die Gründung eines „Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur“ behoben werden sollen;

– zu belegen, welche Einrichtungen mit Osteuropabezug heute bereits existieren und wie sich deren Aufgabenschwerpunkte von einem neu zu schaffenden „Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur“ unterscheiden werden bzw. wie diese Eirichtungen in ein neu zu schaffendes Osteuropazentrum synergetisch eingebunden werden können;

– sich zu erklären, wie die Finanzierung des „Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur“ erfolgen soll und zu erläutern, warum im Haushalt 2004 keinerlei Mittel für diese Einrichtung vorgesehen sind.

Berlin, den 9. Dezember 2003

Michael Kretschmer
Katherina Reiche
Dr. Maria Böhmer
Thomas Rachel
Dr. Christoph Bergner
Helge Braun
Vera Dominke
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Susanne Jaffke
Volker Kauder
Helmut Lamp
Werner Lensing
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Bernward Müller (Gera)
Uwe Schummer
Marion Seib
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333